

an.stossen

40. Ausgabe

EVANGELISCHE SOZIALSEMINARE

01/15



Lernstoff:
Friedensbildung in
der Schule Seite 10



Rote Karte:
Gegen Rassismus
Seite 6

Krieg – Frieden – Kirche

Kirche – 100 Jahre nach dem 1. Weltkrieg



Inhalt

Editorial:

Erika Engelbrecht

Seite 2

An(ge)dacht:

Fragen, was gut ist

Seite 3

Frieden will gelernt sein:

Friedensbildung in Schulen

Seite 4

Rechtsextremismus:

Kein Thema für die Kirche?

Seite 6

Titel:

Juli 1914 - die verpasste Weichenstellung

Seite 9

Friedensdienste:

Die Geschichte und ihre Möglichkeiten

Seite 10

Titel:

Friedensstimmen aus Dortmund

Seite 11

Innenansichten:

Neues aus dem IKG

Seite 12

Sozialseminare:

Im Porträt: Sozialseminare Lienen

Seite 14

Rezension:

Ein Buch zur rechten Zeit

Seite 15

Termine:

Hinweise und Impressum

Seite 16

Liebe Leserin, lieber Leser,

Fehler wurden zu allen Zeiten gemacht und werden immer wieder gemacht. Oftmals wären diese aber vermeidbar, wenn wir versuchten, aus den Fehlern in der Vergangenheit zu lernen. Darum blicken wir in die Zeit vor hundert Jahren.

Im Sommer 1914 begann der 1. Weltkrieg. Im Vorfeld gab es sowohl das Gefühl, Krieg nach 1870/71 endlich hinter sich zu haben, als auch Krieg liege in der Luft. ... und dann war er da!



Wir halten einen Rückblick auf die damalige Zeit um zu gucken, ob damit Situationen heute besser bewertet werden können. Derer gibt es viele: Die Gräben zwischen Ost und West wachsen wieder; so viele Kriege wie 2014 hatten

wir schon lange nicht mehr; immer mehr Menschen werden gezwungen, aus ihrer Heimat zu fliehen; die religiösen Intoleranzen nehmen zu.

Welche Handlungsalternativen hätten die Menschen damals gehabt? Welche Handlungsalternativen haben wir heute?

Dabei berücksichtigen wir – als Zeitschrift innerhalb unserer Landeskirche – besonders die Rolle der evangelischen Kirche. Und da stellt sich gleich die nächste Frage, ob sie heute anders reagieren würde als damals. Oder sind wir damals wie heute zu defensiv?

Außer Acht lassen wir auch nicht eine lokale Färbung: Johannes Weissinger benennt Friedensstimmen aus Dortmund vor und nach dem 1. Weltkrieg.

Vor alledem ist in dieser Ausgabe von an.stossen die Rede. Wir hoffen, Ihnen Anregungen zu geben für Veranstaltungen vor Ort, nicht zuletzt, da in diesem Jahr das Ende des 2. Weltkrieges 70 Jahre her ist.

Mit guten Wünschen für das gerade begonnene Jahr bin ich Ihre

Erika Engelbrecht

Fragen, was gut ist

„Gott und Krieg“ – ein Zwischenruf von Johannes Weissinger

Die Jahreslosung „Gott nahe zu sein ist mein Glück“ zitiert Psalm 73, 28 nach der Einheitsübersetzung. Enger an dem hebräischen Original ist die Elberfelder Bibel mit ihrer Übersetzung „Gott zu nahen ist mir gut“.

In Psalm 73 steht ein Substantiv, das nur an zwei Stellen der Bibel vorkommt. Zur Klärung des Wortsinnes ist es aufschlussreich, eine Stelle aus dem 1. Samuelbuch 14, 36 heranzuziehen, an der dieses Wort als Verb vorkommt. Der Zusammenhang ist dort folgender: Der König Saul hat den Philistern eine militärische Niederlage beigebracht und fordert die Israeliten auf, sofort nachzusetzen, „damit wir sie ausplündern und keinen von ihnen übriglassen.“

Wenn „Gott nahe sein“ heißt:
Vor Gott treten

In der militärischen Logik ist das vernünftig, wie man an den Beschreibungen einzelner Schlachten im Ersten Weltkrieg ablesen kann: Als Ursache für spätere Niederlagen wird angeführt, dass es der Unterlegene früher versäumt habe, dem geschlagenen Gegner nachzusetzen und ihn aufzureiben. Es entspricht also der Kriegslogik, dass das Volk Saul zustimmt. Aber bevor der Vorschlag ausgeführt wird, erfolgt ein Einspruch: „Aber der Priester sprach: Lasst uns erst hier vor Gott treten.“

Was in der Jahreslosung mit „Gott nahe sein“ übersetzt wird, heißt hier „vor Gott treten“. Saul folgt der Aufforderung des Priesters und befragt Gott: „Soll ich hinabziehen, den Philistern nach?“ Und Gott gibt keine Antwort an jenem Tag. Etwas stimmt nicht. Den Fortgang der Geschichte schildere ich jetzt nicht. Mir kommt es darauf an, zu zeigen, dass hier ein anscheinend militärisch gebotenes Tun der Prüfung im Angesicht Gottes unterzogen wird und das Ergebnis dieser Prüfung ein anderes ist als das der militärischen Zweckrationalität.

Es gibt im 2. Buch der Chronik eine vergleichbare Geschichte. Im 28. Kapitel wird erzählt, wie der nordisraelitische König Pekah dem jüdischen König Ahas eine militärische Niederlage beibringt, er an einem Tag 120.000 Mann, „lauter kriegstüchtige Leute“, tötet. 200.000 Frauen, Knaben und Mädchen werden samt Beute in die Gefangenschaft nach Samaria weggeführt. Da geht dem siegreich heimkehrenden Heer ein Pro-

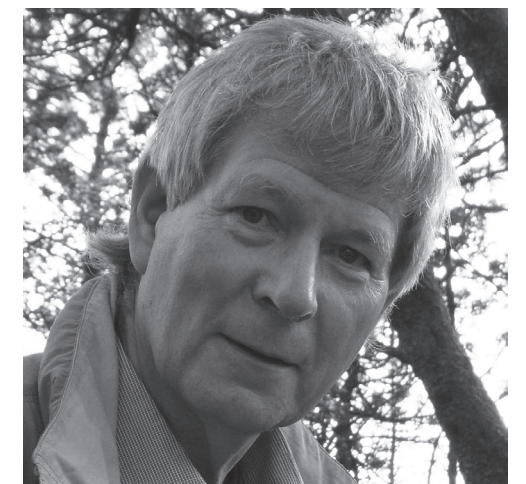
phet entgegen. Sein Name Oded weist ihn als Zeugen Gottes und als Vertreter der Kultversammlung Israels aus. Wieder erspare ich mir, die Geschichte vollständig zu erzählen. Mir kommt es auf den einen Punkt an: Was nach der Kriegslogik vernünftig sein mag (Krieger abschlachten, Beute machen), prangert der Prophet Oded als Schuld an, die schlimme Folgen haben wird. Es kommt zur Umkehr. Die Gefangenen werden eingekleidet, mit Essen und Trinken versorgt, geehrt und, sofern sie „zu schwach waren“, auf Eseln zurückgebracht „zu ihren Brüdern“.

Ohne auf die vielen Fragen, die man zu dem Komplex „Gott und Krieg“ stellen könnte, einzugehen, halte ich fest, dass in diesen beiden Geschichten – und es gibt weitere – die konkrete Weisung des Willens Gottes quer liegt zur Kriegs- und Militärlogik. Und nach dieser Weisung, nach dem „konkreten Gebot Gottes“ (Bonhoeffer) zu fragen ist gut – für Israel, für das Volk und für mich. So gesehen könnte der folgende Kanon das Jahreslied zur Jahreslosung 2014 sein.

Die Erde der Herren will Gottes Erde werden,
dass wir sie nicht gefährden, bleibt er uns nah.
Halleluja, Halleluja, Halleluja, Halleluja.

(Text: W. Abresch, Melodie: Peter Janssens. Dem Liederheft zur Ökumen. Versammlung Westfalen 1988 in Dortmund entnommen)

Pfarrer Johannes Weissinger,
Sozialseminar Bad Laasphe



Frieden will gelernt sein! - Aber kann man Frieden lehren?

Angeichts der Kriege, die uns seit Monaten beschäftigen und der scheinbar einzigen Reaktionsmöglichkeit im Einsatz militärischer Gewalt gegen die islamistischen Gewaltorgien im Irak und Syrien einerseits und der lähmenden Ohnmacht, mit der die Staatengemeinschaft anderen Krisen gegenüber zu stehen scheint andererseits, ist diese Frage fast schon eine Provokation. Deutschland muss mehr Verantwortung in der Welt übernehmen, hat Bundespräsident Gauck gefordert und dabei militärische Optionen stärker in den Fokus gerückt.

Ganz anders hat sich vor einigen Jahren der damalige Bundespräsident Gustav Heinemann zur Frage der Verantwortung Deutschlands und seiner Bürger und Bürgerinnen geäußert: „Der Frieden ist der Ernstfall, in dem wir alle uns zu bewähren haben.“

Und aus evangelischer Perspektive ist dazu zu sagen: „Sicherheitspolitik muss zuerst nach zivilen und gewaltfreien Mitteln zur Konfliktprävention und zur Konfliktlösung Ausschau halten, denn die Überwindung von Gewalt ist eine überlebensnotwendige Aufgabe.“ So der ehemalige Ev. Militärbischof Dr. Martin Dutzmann.

Die Palette der Handlungsmöglichkeiten, seine Verantwortung für den Frieden wahrzunehmen ist groß und die Wege zu diesem Frieden zu kommen unterscheiden sich sehr. Der militärische Einsatz als Mittel der Politik galt bei uns zum Glück als an die letzte Stelle der Möglichkeiten eines Eingreifens gerückt. Und auch die gegenwärtigen Kriege zeigen, dass ihre Gewalt keine Friedenslösungen hervorbringen, sondern Hass und Elend nur verstärken.

Mit dem Ziel: Konflikte zu entschärfen, Kriege zu verhindern und nach Kriegen ehemaligen Kriegsgegnern Wege aufzuzeigen, wieder aufeinander zu zugehen und friedlich miteinander zu leben, setzen sich unterschiedliche Organisationen mit ihren Mitteln ein. Dazu zählen staatliche Diplomatie, die UNO mit ihren UN-Missionen, die OSZE und die vielen Nichtre-

gierungsorganisationen mit ihren Friedensfachkräften u.a. aus dem Forum ziviler Friedensdienst. In all diesen Bereichen, aber vor allem in der Prävention liegt die Chance, die es auszubauen und zu verstärken gilt. Doch was brauche ich, um mich auf den „Ernstfall Frieden“ vorzubereiten und andere mit auf den Weg zu nehmen? Kann ich Frieden lernen und dann auch lehren? Eindeutig Ja!, sagen die Evangelischen Kirchen in NRW und haben deshalb die Fortbildung für die Referenten und Referentinnen für Friedensbildung an Schulen ins Leben gerufen. Ihr Beschluss, der Sicherheitslogik eine Friedenslogik gegenüberzustellen, in der das Ziel eines „gerechten Friedens“ im Zentrum steht, wird auch durch die Friedensdenkschrift der EKD aus dem Jahr 2007 gestärkt, die den entscheidenden Grundsatz benennt: „Wer den Frieden will, muss den Frieden vorbereiten.“ Daraus ergeben sich in der Denkschrift eindeutige Aufgaben für Bildung und Erziehung.

Aber auch das Schulgesetz in NRW geht auf jeden Fall davon aus, dass Frieden gelehrt und gelernt werden kann. Denn es hat im §2 den Bildungsauftrag der Friedens-erziehung an den Schulen fest verankert. Und in den Lehrplänen beauftragt das Ministerium für Schule und Weiterbildung (MSW) die Lehrerinnen und Lehrer das Thema Frieden in vielfältiger Form aufzugreifen. Um die Lehrkräfte in dieser Aufgabe zu unterstützen, hat das MSW in einem Erlass (Aktenzeichen 322-06.08.01) die Beteiligung von Organisationen der Friedensbewegung am Unterricht ermöglicht. Danach können Referentinnen und Referenten für Friedensbildung in die Schulen und in den Unterricht eingeladen werden.

Dazu finden seit September 2013 in der Ev. Tagungsstätte Haus Villigst und im Haus der Begegnung in Bonn Fortbildungen zur Referentin/zum Referenten für Friedensbildung an Schulen statt. Und seit Mai 2014 stehen die ersten 23 kirchlich zertifizierten und von den Kirchen beauftragten Referentinnen und Referenten für Friedensbildung den Schulen zur Verfügung.

Friedensbildung in der Schule

Die haben sich über einen Zeitraum von 8 Monaten in 6 Modulen beim Pädagogischen Institut Villigst der EKvW in Kooperation mit dem Institut für Kirche und Gesellschaft der EKvW, der EAK, dem Pädagogisch-Theologischen-Institut Bonn der EKIR und der Ev. Akademie im Rheinland fortbilden lassen. Sie warten darauf mit einem breit gefächerten Angebot zu unterschiedlichen Friedensthemen in den Unterricht in Schule und Jugendarbeit eingeladen zu werden und den Lehrern und Lehrerinnen und Schülern und Schülerinnen bei der Gestaltung des Unterrichts in Friedensfragen zur Seite stehen.

Ihr Ziel ist es, Schülerinnen und Schüler bei der Bildung eigener Urteile zu Fragen persönlicher Friedens- und Gewissensentscheidungen zu unterstützen. Dabei zeigen sie den Schülern und Schülerinnen Möglichkeiten einer gewaltfreien Bearbeitung von Konflikten auf und benennen Beispiele, die sich auch schon in realen internationalen Krisensituationen bewährt haben. Dazu gehört das beispielhafte Einüben von Konfliktlösungsstrategien, das letztendlich nicht ohne ein Wissen um die Möglichkeiten wie man sich aktiv für den gesellschaftlichen und internationalen Frieden einbringen kann, umzusetzen ist.

Die Referentinnen und Referenten können von den Schulen in den Unterricht und zu Projekttagen, in die Lehrerfortbildung und zu Infoveranstaltungen und von den Gemeinden in die Jugend- und Konfirmandenarbeit eingeladen werden.

Um auf eine ausreichende Zahl von Referentinnen und Referenten für den Bereich NRW zu kommen, hat im September 2014 ein zweiter Durchgang der Fortbildung begonnen, der diesmal im Rheinland durchgeführt wird. Er wird im Mai 2015 mit der Zertifizierung der Teilnehmenden abgeschlossen werden.

Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund und Berufen, u.a. LehrerInnen, PfarrerInnen, JournalistInnen, KonfliktmanagerInnen, Soldaten, JugendreferentInnen, SozialpädagogInnen, zum Teil mit den Erfahrungen von Auslandseinsätzen in Krisengebieten

nehmen an ihr teil. Sie möchten den Schulen und Jugendeinrichtungen mit ihrem umfangreichen Wissen und ihren Erfahrungen als „FriedensreferentInnen“ zur Verfügung zu stehen.

Die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Themen der Friedensbildung steht dabei für die Teilnehmenden auf dem Kursplan. Dazu gehören sowohl die Beschäftigung mit der eigenen Position und der Rolle in der „Friedensfrage“, als auch die Sicherheitskonzepte der deutschen Politik, die friedensethischen Positionen der Ev. Kirchen, der Diskurs über Gewalt und Gewaltprävention, die Chancen und Möglichkeiten der freiwilligen Friedensdienste, die konkrete Arbeit der Friedensfachkräfte in internationalen Konflikten und ihre Erfahrungen, die Verortung der Friedensbildung in den Lehrplänen der Schulen und die Möglichkeiten anzudocken, die Analyse und Entwicklung von Unterrichtsentwürfen und Schulprojekten, eine Multiplikatoren-schulung im Planspiel Civil Powker und die Vorstellung eines selbst erarbeiteten Unterrichts- bzw. Projektentwurfes in der Gruppe mit gegenseitiger kollegialer Beratung.

Damit das dicht geplante Programm mit hoher Qualität umgesetzt werden kann, werden neben den ‚eigenen‘ schon genannten Fachkompetenzen auch Referentinnen und Referenten von außen hinzugezogenen, die u.a. von der Berghof Foundation/Friedenspädagogik Tübingen, dem fränkischen Bildungswerk für Friedensarbeit, der Gewaltakademie Villigst kommen. Ermöglicht wird die Fortbildung durch die finanzielle Förderung der EKD über die EAK und den Verein für Frieden e.V.



Zu finden sind die ReferentInnen auf der Internetseite des PI-Villigst unter dem Projekt „Friedensbildung an Schulen“.

Dort sind auch ihre konkreten Angebote verzeichnet. (www.pi-villigst.de/projekte/friedensbildung-an-schulen.html) oder auf der Internetseite: www.wie-krieg-ich-frieden.de



Rechtsextremismus – kein Thema für die Kirche?

Mit der eher zufälligen Entdeckung des rechtsterroristischen Netzwerkes NSU ist deutlich geworden, zu welchen mörderischen Aktivitäten Rechtsextremisten fähig und bereit sind.

Mehr als zehn Jahre lang konnten die Mitglieder des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) unentdeckt und willkürlich Menschen mit Migrationshintergrund, insbesondere türkische Bürger kaltblütig ermorden und mit Bankeinbrüchen ihr Leben im Untergrund finanzieren und gleichzeitig in einem breiten Unterstützerfeld operieren.

Verfassungsschützer der Länder und des Bundes waren trotz vieler gut dotierter Informanten nicht in der Lage, unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund vor solch mörderischen Übergriffen zu schützen. Im Gegenteil wurde den Opfern in der Regel unterstellt, selbst in kriminelle Aktivitäten mit mafiotischem Hintergrund verstrickt gewesen zu sein.

Gerichte und Untersuchungsausschüsse sollen sich um eine Aufarbeitung bemühen. Sichtbar und deutlich ge-

worden ist vor allem das Versagen von Bundes- und Landesverfassungsschutzbehörden und des polizeilichen Staatsschutzes. Es hat den Anschein, als seien die Staatsschutzorgane „auf dem rechten Auge“ blind gewesen.

Medien und Teile der Politik vermitteln das Bild vom terroristischen Einzelfall. So etwas sei untypisch und werde sich auch in Zukunft nicht wiederholen. Gleichwohl stellt sich die Situation dem kritischen Betrachter als weitaus bedrohlicher. Die von der „Extremen Rechten“ ausgehende Gewalt mit einer ansteigenden Zahl von Straftaten ist die eine Seite eines Bedrohungsszenariums. Straftaten der rechten Szene mit einer zunehmenden Gewaltbereitschaft sind nach wie vor auf einem hohen Level, wie gerade erst der Bundesinnenminister in einer Pressekonferenz vorgebracht hat. (Laut Jahresbericht des Innenministeriums des Bundes am 18.06.2014 hat es in 2013 20% mehr rassistische Gewalttaten gegeben, wobei die Personenzahl mit 21.700 Anhängern in Deutschland etwas rückläufig geworden ist.)

**Rechtsradikale
Straftaten nehmen in
NRW nicht zu**

In NRW gibt es erfreulicher Weise andere Anzeichen. Denn laut Bericht des Innenministers Jäger liegt die Zahl der Straftaten und auch Gewalttaten auf gleichem Niveau wie im Vorjahr. Dieses Phänomen kann aus meiner Sicht nur auf das starke zivilgesellschaftliche Engagement der zahlreichen Bündnisse und „Runden Tische“ und auf die Repression der Polizei, besonders in den „Hochburgen“ zurückgeführt werden. Diese Statistiken hinken aber, weil nur Straftaten gezählt werden, die auch zur Anzeige gebracht worden sind und von den Ermittlungsbehörden und Gerichten einem rassistischen und rechtsextremen Straftatbestand zugeordnet werden. Wir können deshalb von einer hohen Dunkelziffer von mindestens 30 – 50 % ausgehen.

Annette Kahane von der Amadeu-Antonio-Stiftung spricht in diesem Zusammenhang von dem „Kartell der Verharmloser“, denn „die Taten des Nationalsozialistischen Untergrunds sind nur die Spitze eines

Eisberges rechter Gewalt, der sich bis heute in vielen Kommunen als rechtsextremer Alltagsterror darstellt. Die alltägliche Dimension der rechtsextremen Gewalt droht wieder aus dem Blick zu geraten.“ Ihrer Meinung nach verharmlosen, bagatellisieren und relativieren die zuständigen Sicherheitsorgane häufig das Ausmaß der rechten Gewalt im Alltag (siehe: www.amadeu-antonio-stiftung.de/aktuelles/das-kartell-der-verharmloser).

Weitaus bedrohlicher ist aber eine manifeste rechtsextreme und demokratiefeindliche Grundhaltung, die in der Mitte unserer Gesellschaft verankert ist. Mit Hetzkampagnen gegen Muslime und besonders gegen Flüchtlinge ist es heute wieder möglich, Teile der Gesellschaft zu mobilisieren. Mit der Angst vor einer Ausplünderung unserer Sozialsysteme durch „Wirtschaftsflüchtlinge“ und dem Ruf nach einer gesteuerten und gezielten Begrenzung der Zuwanderung hat z.B. die neue bürgerlich-rechte Partei AFD Wahlerfolge feiern können. Rechte Grundhaltungen repräsentieren eine Bedrohung, über die nicht so spektakulär berichtet wird, die uns aber alltäglich begegnet.

**Einstellungs-Studie:
Sinti und Roma lösen
negative Gefühle aus**

Laut der jüngsten Einstellungs-Studien der Universität Leipzig im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung teilen 5,6 % der Deutschen eine „manifeste rechtsextreme Weltanschauung“. Ausländerfeindlichkeit treffen wir bei 18 % der Bevölkerung, Ressentiments gegenüber Flüchtlingen finden wir hingegen sogar bei 60 % der Bevölkerung. Auch Sinti und Roma lösen mehr negative Gefühle (ca. 50 %) aus. Der antimuslimische Rassismus ist auf mehr als 40 % gestiegen (vgl. Decker, Kiess, Brähler: Die stabilisierte Mitte - Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014, Universität Leipzig).

(Diese Zahlen decken sich weitgehend mit früheren „Mitte“-Studien derselben Autoren und anderer Vergleichsstudien wie z.B. „Deutsche Zustände“ des Instituts für Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld, die besonders auf die starke Zunahme des Antiziganismus hinweisen. Siehe Heitmeyer u.a.: Deutsche Zustände, Band 10, 2012). Nur so können wir die zuneh-



mende Hetze und Gewalt gegen Flüchtlinge erklären: Allein im ersten Halbjahr 2014 gab es 18 Übergriffe auf Flüchtlinge, 18 Brandanschläge auf Unterkünfte, 16 Sachbeschädigungen an Unterkünften und 155 flüchtlingsfeindliche Kundgebungen und Demonstrationen. (Quelle: Rechte Hetze gegen Flüchtlinge – eine Chronik der Gewalt abrufbar in www.mut-gegen-rechte-gewalt.de)

Fremdenfeindlichkeit und Ressentiments machen auch vor der Kirchentür nicht Halt. Verschiedene Studien belegen, dass die Ausländerfeindlichkeit in der evangelischen Kirche genauso hoch ist wie im Durchschnitt der Bevölkerung (zwischen 17 % und 25 %). Studien belegen auch, dass bei dem Vergleich der Altersgruppen die Fremdenfeindlichkeit bei den über 60-Jährigen am höchsten ist. Dies wiederum deckt sich auch mit den Aussagen von Gemeindepfarrerinnen und Gemeindepfarrern, dass Senioren eine besonders problematische Gruppe darstellen, bei denen der Rassismus, religiöse Intoleranz und nationaler Chauvinismus oftmals ausgeprägt in Seelsorgegesprächen zu Tage treten.

Besonders traditionelle Kirchenmitglieder und regelmäßige Kirchgänger scheinen nicht davor gefeit zu sein. Auch soll es Gemeinden geben, die eigenen Wohnraum nicht an Flüchtlinge vermieten, sondern lieber leer stehen lassen. Mit den christlichen Grund-



Rechtsextremisten fügen Ihnen und den Menschen in Ihrer Umgebung erheblichen Schaden zu

© aej



**MOBILE BERATUNG
GEGEN RECHTSEXTREMISMUS
IM REGIERUNGSBEZIRK ARNSBERG**



Rote Karte für Rechts

werten sind diese Haltungen und Denkweisen nicht vereinbar. Umso wichtiger ist es, in der Verkündigung und der kirchlichen Alltagspraxis deutlich zu machen, dass kirchliches Denken und Handeln auf die Nächsten- und Feindesliebe, auf Toleranz sowie internationale Verständigung und Frieden ausgerichtet sein muss. Nächstenliebe ist universell und nicht auf die eigene Familie, die Nachbarschaft, die Ortsgemeinschaft oder gar auf die eigene Nation begrenzt.

Moses mahnt in Lev 19,34 „Unterdrückt nicht die Fremden, die in eurem Land leben, sondern behandelt sie genau wie euresgleichen“. Dass die Nächstenliebe grenzenlos ist und also gleichsam auch Fremdenliebe bedeutet, untermauert er mit der eigenen leidvollen Erfahrung: „Denkt daran, dass auch ihr in Ägypten Fremde gewesen seid“.

Das Eintreten gegen Rechtsextremismus und antidemokratische Grundhaltungen muss eine zentrale Aufgabe für unsere Kirche und ihre Mitglieder sein. Es gilt im Geiste des Evangeliums Vorurteile, Intoleranz, Rassismus und Gewalt zu bekämpfen und zu überwinden. In dieser Zielsetzung haben sich in der Kirche zahlreiche Initiativen gegründet, die mit Kampagnen wie etwa „Nächstenliebe verlangt Klarheit“ oder „Unser Kreuz hat keine Haken“ den Dialog führen. Es gibt in der evangelischen Kirche gute Beispiele, von denen einige hier genannt seien:

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Rechtsextremismus und Kirche (BAGK+R); die „AG Christen gegen Rechtsextremismus“ in Dortmund; Gemeindeprojekte gegen Rechtsextremismus, dort wo besonders Neonazis aktiv sind; viele gemeindliche Flüchtlingsinitiativen; das „Kirchenasyl“ in einigen Kirchengemeinden Westfalens; Die Verabschiedung einer Resolution der Ev. Jugend von Westfalen gegen Rassismus und Rechtsextremismus auf der EJKW im Oktober 2013 und der Kampagne „Wir können bunt“; beispielhafte Beschlüsse von Kreis- und Landessynoden zur Unvereinbarkeit der Mitarbeit von Rechtsextremen im Presbyterium der Kirchengemeinde; die Überarbeitung von Hausordnungen zum Ausschluss von Rassisten und Rechtsextremen; die Übernahme von Trägerschaften von Flüchtlingsunterkünften von Kirchengemeinden bzw. von der Diakonie; die Überlassung von Räumen ausschließ-

lich an demokratische Organisationen; die aktive Mitarbeit vieler engagierter Christen und Kirchengemeinden in zivilgesellschaftlichen Bündnissen gegen Rassismus und Rechtsextremismus

sowie die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus und die „Gewalt Akademie Villigst“ mit ihrer kontinuierlichen Arbeit gegen Rassismus in der Trägerschaft des Amtes für Jugendarbeit der EKvW.

Die Aufgabe der „Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus“ in der Trägerschaft des Amtes für Jugendarbeit der EKvW ist es, Einzelpersonen, Gruppen, Vereine, Behörden, Schulen und Jugendeinrichtungen, aber auch Parteien und zivilgesellschaftliche Bündnisse zu beraten, zu informieren und zu Multiplikatoren zu qualifizieren. Unterstützt wird dieses Projekt der Landeskirche durch Zuschüsse des Landes. So ist es uns möglich, in Kirchengemeinden und Kirchenkreisen aufsuchende Beratungs- und Fortbildungsangebote anzubieten, haupt- und ehrenamtliche Multiplikatoren und Multiplikatorinnen für ihre aktive Arbeit gegen Rassismus und Chauvinismus zu qualifizieren. Im Kirchenkreis Hamm läuft gerade ein Pilotprojekt. All diese Aktivitäten dienen einer Sensibilisierung und Weiterentwicklung der antirassistischen Haltung und Handlungssicherheit in der alltäglichen kirchlichen Praxis und einer kirchenpolitischen Weichenstellung für die Bewahrung und den Ausbau der Menschenrechte.



Die Mobile Beratung steht auch anderen Kirchenkreisen gerne für die Information und Qualifizierung von ehrenamtlichen und

hauptberuflichen Mitarbeitenden zur Verfügung. Sie ist erreichbar unter 02304-755280 oder zu finden unter

www.mbr-arnsberg.de

Dieter Frohloff, Referent beim Amt für Jugendarbeit der EKvW Handlungsfeld Gewalt - Rassismus – Rechtsextremismus, mit der „Gewalt Akademie Villigst“, und der „Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus“ im Regierungsbezirk Arnsberg



Juli 1914. Umgangene Entscheidung – verpasste Weichenstellung

Für den katastrophalen Ausgang der Julikrise von 1914, die letztlich im Ersten Weltkrieg mündete, zeichneten strukturelle und personelle Faktoren gleichermaßen verantwortlich. Ausschlaggebend für den Absturz in den Krieg war nicht der Kriegswille der Beteiligten, sondern vielmehr deren Bereitschaft, übergroße Risiken einzugehen und Kollisionen diesmal nicht zu vermeiden. Keiner der Verantwortlichen wollte einen großen Krieg bewusst herbeiführen. Unbedingt vermeiden wollte ihn aber auch niemand.

Von daher war das Krisenmanagement der maßgeblichen Akteure in Berlin, London, Wien, St. Petersburg und Paris oft sehr inkonsistent und destruktiv. Darüber hinaus stand es unter erheblichem Zeitdruck. Bisherige Krisenszenarien waren oft mit monatelangen Spannungszuständen einhergegangen, die dann in friedlichen Lösungen mündeten. 1914 aber verschränkten und überlagerten sich verschiedene Pressionen: Da war zunächst die alternative, der politischen Führung nur umrisshaft bekannte deutsche Kriegsplanung, die für die deutsche Reichsleitung einen erheblichen temporären Zwang im Falle einer Mobilisierung der russischen oder französischen Armee darstellte. Weiterhin ließ das österreichisch-ungarische Ultimatum samt Forderungskatalog zu deutlich die Absicht erkennen, dass Wien einer ungestörten, bilateralen Konfliktlösung mit Serbien, möglichst ohne fremde Einmischung, den Vorrang gab.

Doch diese Variante barg das Risiko einer Solidarisierung Russlands mit Serbien in sich. Schließlich erzeugten die frühen Mobilmachungen durch Serbien, Österreich-Ungarn und Russland einen letztlich ausschlaggebenden Zeitdruck und beeinträchtigten das Krisenmanagement erheblich. Eine Alternative hätte im Aufbau langer Handlungsketten gelegen, durch die Emotionen gedämpft und Entscheidungsprozesse versachlicht und rationalisiert worden wären. Wie die meisten vorangegangenen Krisen hätte die Julikrise 1914 durch eine Konferenz gelöst werden können, was allerdings einige Schwierigkeiten in sich barg.

Die Besonderheit der Situation von 1914 bestand darin, dass im Umbruch des internationalen Systems alte und neue politische Handlungsmuster aufeinander trafen. Die einen waren nicht mehr belastbar und die anderen noch zu unerprobt. Der Globalisierung des Systems seit Mitte des 19. Jahrhunderts war die Tendenz der Internati-

onalisierung politischer Deutungen und Entscheidungen gefolgt. Dies hatten die Haager Konferenzen (1899 und 1907) gezeigt, an denen zahlreiche Staaten und Organisationen teilgenommen hatten.

Damit war ein Kontrapunkt zum traditionellen Großmächtekonzept gesetzt, das den Konflikttypen des vorimperialistischen 19. Jahrhunderts entsprochen hatte, der hochkomplexen und aufgeladenen Situation von 1914 aber wahrscheinlich nicht gerecht geworden wäre. Die Logik des österreichisch-ungarischen Vorgehens folgte diesem traditionellen Konzertgedanken und ging viel zu optimistisch davon aus, dass Russland den privilegierten Status der Habsburgermonarchie gegenüber Serbien respektieren würde. Die zumindest theoretische Alternative, den Konflikt vor das Haager Schiedsgericht zu bringen, das bei kleineren Streitfällen bereits erprobt war, schied in diesem Falle aus, da die Situation hierfür viel zu komplex war. Zu der von Russland vorgeschlagenen internationalen Konferenz konnten sich die meisten Beteiligten noch nicht durchringen. Doch hätte eine Konfliktlösung im internationalen Rahmen zu einem deutlichen Demokratisierungsschub des Systems geführt. Außerdem hätte Serbien in diesem Falle für sich selbst sprechen und nicht mit einer russischen Solidarisierung rechnen können.

In der Julikrise überlagerten und schwächten sich die verschiedenen Konferenzinitiativen, so dass Wien an seinem einzelstaatlichen Aktionsmodus nicht gehindert werden konnte. Diese Insuffizienz war Ausdruck einer noch nicht vollzogenen Transformation des internationalen Systems, in dem zwei Möglichkeiten nebeneinander standen: zum einen die kaum mehr adäquate Handlungsebene eines Konzerts der Privilegierten, zum anderen die Konfliktlösung innerhalb eines demokratischen Systems, das allen Teilnehmern offen stand. Welche der beiden Möglichkeiten für die Deeskalation der Krise die bessere gewesen wäre, ist heute nicht zu beantworten. Eine Entscheidung hierüber aber hätte fallen müssen. In Bezug auf die internationale Streitschlichtung bedeutete der Erste Weltkrieg Rückschritt und Fortschritt zugleich. Er führte zu einer bipolaren Vernetzung der Welt, die in verschiedenen Konstellationen bis 1989 anhalten sollte. Gleichzeitig entwickelten sich im Krieg jene Initiativen, die in Fortentwicklung der Haager Konferenzen in der Idee eines Völkerbundes kulminieren sollten.

Jürgen Angelow

Friedensdienste –



Die Geschichte der Friedensdienste hat bereits eine längere Tradition. Schon vor dem ersten Weltkrieg gab es erste Zusammentreffen von Menschen, die an der Idee eines friedlichen Europas gearbeitet haben. Maßgeblich für diese Bewegung steht vor allem der „Internationale Versöhnungsbund“.

Inhaltlich orientierte man sich an dem Gedanken des praktischen Tuns (Workshops) und intellektuell an der Auseinandersetzung mit Thesen zur Friedensethik, im Einzelnen nachzulesen in der Geschichte des Versöhnungsbundes.

Nach dem Ende des 2. Weltkriegs boten die Friedensdienste eine wichtige Chance, international wieder in die Völkergemeinschaft aufgenommen zu werden.

Auf diese Weise war es möglich, die Gräueltaten des Naziregimes aufzuarbeiten, durch das persönliche Engagement der Freiwilligen dazu beizutragen, um Vergebung zu bitten und sich dem Gedanken der Versöhnung und des Ausgleichs zu stellen.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass die Entwicklung der Friedensdienste hier viel intensiver betrieben wurde, als in anderen Ländern.

Zumeist sind die Friedensdienste im Umfeld der Kirchen entstanden, sind dort bis heute eher in einem Randbereich zu finden. Sieht man auf den Bereich von internationalen Friedensdiensten, sind vor allem die „Aktion Sühnezeichen“, gegründet 1958 auf der Berliner Synode der EKD, und bereits im Jahr zuvor „Eirene - internationale christliche Friedensdienste“, zu nennen.

Im Laufe der Jahre sind eine Vielzahl kirchlicher und nichtkirchlicher Träger, Entsender, von Freiwilligen dazu gekommen, die nicht selten heute durch staatliche Zuschüsse ihre Arbeit leisten.

Friedensdienste sind heute sowohl in Form von kurzzeitigen (1 – 3 Monate) oder als längerfristige Maßnahme (1 Jahr - 1,5 Jahre) zu finden.

Inhaltlich können diese vom einfachen Sozial- und Hilfsdienst bis zu langfristig angelegten Arbeiten im

eine kleine subjektive Betrachtung ihrer Geschichte und ihrer Möglichkeiten

Versöhnungsbereich, der Verständigung mit anderen Völkern ausgerichtet sein.

Ein Fokus liegt hierbei auf dem Verständnis eines solchen Dienstes als Lerndienst, des persönlichen Einbringens des einzelnen Freiwilligen und der Perspektive, eine andere Kultur kennen zu lernen und sich persönlich weiter entwickeln zu können.

Deutlich aus diesem Spektrum fällt das Forum „Ziviler Friedensdienst“, dessen Orientierung weniger auf einem Lerndienst basiert, als durch Ausbildung von speziellen Friedensfachkräften vor Ort zu wirken, und an den Ursachen, gewalttätiger Auseinandersetzungen in einem Land, ethnischer Konflikte und dem Ausgleich von Spannungen zu arbeiten und mit Mitteln von Gewaltlosigkeit und gewaltfreien Konfliktlösungen, dazu beizutragen, einen Frieden zwischen den Parteien zu fördern. Aktuell feiert der ZFD (ziviler Friedensdienst) in seiner jetzigen Form sein 15-jähriges Bestehen mit einem Festakt.

These: „Von Beginn an sind internationale Freiwillige vom Wunsch bestimmt, positiv zur heutigen Gesellschaft beizutragen, indem sie durch gemeinsame Anstrengung auf friedlichere und gerechtere Lebensbedingungen hinwirken.“

In unterschiedlichen Projekten werden internationale Freiwillige entsprechend der Zielrichtung des Trägers eingesetzt. Beispiele dafür sind bei „Aktion Sühnezeichen“ der Einsatz in Gedenkstätten der ehemaligen Vernichtungs- und Konzentrationslager wie Auschwitz, in Altenheimen in Israel oder bei Besuchsdiensten für ältere Menschen in Russland.

Der ZFD setzt seine Friedensfachkräfte beispielsweise im Kosovo ein, arbeitet in konkreten Konflikten vor Ort, sorgt für die Möglichkeit eines friedlicheren Zusammenlebens. Dabei wird er u. a. durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit unterstützt.

Andere Akteure, wie „Peace Brigades International“ tragen durch ihr Wirken dazu bei, schwelende Konflikte so zu bearbeiten, dass an einigen Punkten eine Minimierung oder ein Ende von Gewalt zustande kommen kann.

Eine nicht geringe Zahl kirchlicher Träger versteht qua Selbstverständnis und Ausrichtung ihres Dienstes, den internationalen Freiwilligendienst als ihre Form von Friedensdienst. Hier gibt es in der Regel feststehende Partnerorganisationen, mit denen konkret abgesprochen wird, wie und wo der Einsatz der Freiwilligen erfolgt.

Welche Erfolge haben nun diese Friedensdienste?

Generell ist festzustellen, dass es unterschiedliche Aspekte von Erfolg gibt. Annähernd gelöste Konflikte, ein deutlich verbessertes Zusammenleben, beispielhafte Formen von Überwindung von Gewalt in speziellen Konflikten und Projekten, z. B. Israel (Palästina).

Für die Freiwilligen selbst, in dem diese durch ihre Entscheidung zur Leistung eines solchen Dienstes so gravierende Erfahrungen für ihr Leben machen, mit Situationen und Kulturen zusammentreffen, die ihren Horizont enorm weiten und zu ihrer persönlichen Entwicklung und ihrem weiteren Engagement für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung maßgebliche Anstöße liefern.

Die persönliche Begegnung mit Menschen, mit Not und Leid, tragen dazu bei, einen persönlichen Beitrag zu einer Utopie einer friedlichen Welt zu leisten. Sie übernehmen damit einen wichtigen Part, wenn es darum geht, die Zukunft zu gestalten, Werte wie Toleranz, Solidarität und Engagement zu füllen.

Friedensdienste sind nicht in der Lage, bestehenden Konflikte zu lösen, seien sie gesellschaftlich begründet oder durch politische Konstellationen, aber sie tragen im Kern dazu bei, eine friedliche und gewaltfreie Perspektive zu entwickeln. **Wolfgang Overkamp**

Neues aus dem IKG

Das Institut für Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche von Westfalen ist immer in Bewegung. Das gilt auch für die Mitarbeiterschaft.

Wechsel im Leitungssekretariat

Sieglinde Schmidt ist am 30. September in ihren wohlverdienten Ruhestand verabschiedet worden. Sie hat ihren Aufgabenbereich im Leitungssekretariat an **Viola Schwarzrock** übergeben, die viele Jahre im Fachbereich Wirtschaft, Arbeit und Soziales im IKG im Sekretariat tätig war.



Gerlind Rübe ist seit dem 1. September im Sekretariat des Fachbereichs Wirtschaft, Arbeit und Soziales. Vorher war sie in der Kassengemeinschaft Haus Villigst tätig. Hier Foto von Gerlind Rübe einfügen.



Neu im FB „Wirtschaft, Arbeit, Soziales“

Seit dem 1. September arbeitet **Axel Rolfmeier** im



Fachbereich Wirtschaft, Arbeit und Soziales als Referent für Sozialpolitik. Erfahrungen aus der sozialen Arbeit und dem sozialpolitischen Engagement bringt er mit aus seiner Tätigkeit in der Bahnhofsmision und in der Diakonie Dortmund, wo er für die Beratung Wohnungsloser zuständig gewesen ist.

(Un-)Ruhestand

Landesmännerpfarrer **Dieter Rothardt** geht in den Ruhestand. Jetzt heißt es: **Gute Gründe für die Arbeit mit Männern.**



Männer suchen nach eigenen Ausdrucksformen ihrer Spiritualität und die Veränderungen in ihren Rollen verlangen nach eigenen Antworten in Ethik und Lebensstil. Beides sind gute Gründe für die Arbeit mit Männern in der Kirche. So lautete das Fazit von Landesmännerpfarrer Dieter Rothardt bei der Landesvertretertagung in Haus Villigst.

Borsigplatz, Hoesch und Lutherkirche

Friedensstimmen aus Dortmund vor und nach dem Ersten Weltkrieg.

Der Borsigplatz, Heimat- und bis heute Jubelort des BvB 09, liegt im damaligen Lutherbezirk der Dortmunder Reinoldigemeinde, dessen rund 7.000 Gemeindeglieder, soweit sie Männer waren, zum größten Teil im Bergbau und bei Hoesch arbeiteten. Aus dem Lutherbezirk kamen für die Zeit vor und nach dem Ersten Weltkrieg ungewöhnliche protestantische Friedensstimmen.

Wie ungewöhnlich diese Stimmen waren, verdeutlicht eine Charakterisierung der evangelischen Pfarrer als Kriegstheologen, die der pazifistische und demokratische Publizist Hellmut von Gerlach 1925 in einem von insgesamt neunzehn Artikeln über den Ersten Weltkrieg als „Erinnerungen an die Große Zeit“ in der Wochenzeitschrift „Die Weltbühne“ veröffentlichte.

„Wilhelm II. war, wie jeder König von Preußen, summus episcopus (oberster Bischof) der preußischen Landeskirche. Evangelischer Oberkirchenrat, Konsistorium, Superintendenten, ja alle simplen Pastoren fühlten sich, von verschwindenden Ausnahmen abgesehen, dem ´Allerhöchsten Herrn` genau so zum Gehorsam verpflichtet wie dem ´Höchsten`. Und da bei Konflikten zwischen beiden die Befehle des summus episcopus aus größerer Nähe kamen und unmissverständlich waren, so war ihre Befolgung besonders zweckmäßig und darum besonders wahrscheinlich.

Als der Oberste Kirchenherr Oberster Kriegsherr geworden war, da schwenkten die Pastoren seiner Landeskirche ein wie die Unteroffiziere. Sie waren nach dem Gesetz nicht zum Dienst mit der Waffe verpflichtet. Das war den heldenmütigsten unter ihnen peinlich. Ein Mal petitionierten die Superintendenten des Rheinlandes, ein anderes Mal 160 Berliner Pastoren um Aufhebung dieses Privilegs, das sie als privilegium odiosum (schändliches Privileg) empfanden. Aber Wilhelm II. ließ sie abblitzen, sie hätten genug mit der Seelsorge zu tun.

Am schlimmsten brach der furor bellicosus protestanticus (protestantische Kriegsraserei) aus, als im Sommer 1917 die Möglichkeit des Friedens zu winken schien. Der Reichstag hatte die Friedensresolution angenommen. Darauf erklärte der Divisionspfarrer Krügel in einer ´vaterländischen Kundgebung` zu Duisburg, man habe an der Front bedauert, ´dass die Prügelstrafe nicht

mehr bestünde`!“

Noch einmal tobten die evangelischen Geistlichen los, als Ende September 1918 sogar die Oberste Heeresleitung die Notwendigkeit eines sofortigen Abbruchs des Krieges eingesehen hatte. Da schrie etwa, am 12. Oktober 1918 in der ´Essener Allgemeinen Zeitung`, der Lizenziat Johannsen in die Welt hinaus:

„Wir wollen hier im rheinisch-westfälischen Industriebezirk, hier in der Waffenschmiede Deutschlands das Feuer, das noch in Hunderttausenden von Männer- und Frauenherzen brennt, aufs neue zu heller Flamme emporlodern lassen.“

So haben die protestantischen Theologen mit ihrem Kriegswahnsinn wirklich vom ersten bis zum letzten Tag durchgehalten. Besser als die Oberste Heeresleitung selbst. Nur ganz wenige blieben vernünftig oder wurden zum mindesten im Lauf des Krieges wieder vernünftig. So versandten im zweiten Teil des Krieges die Berliner Geistlichen Aner, Nithack-Stahn, Pleß, Rittelmeyer und Wielandt ein Rundschreiben, das in dem Satz gipfelte:

„Wir fühlen angesichts dieses fürchterlichen Krieges die Gewissenspflicht, im Namen des Christentums fortan mit aller Entschiedenheit dahin zu streben, dass der Krieg als Mittel der Auseinandersetzung unter den Völkern aus der Welt verschwindet.“

Vox clamantis in deserto! (Die Stimme eines Rufers in der Wüste) Die evangelischen Landeskirchen waren eine Kriegswüste geworden – und sind es nach dem Krieg geblieben, wie man leider hinzufügen muss. Man spricht zwar nicht mehr von dem ´deutschen` Gott, da er zu schmächtig das während des ganzen Krieges in ihn gesetzte Vertrauen getäuscht hat. Aber man weiht munter Sonntag für Sonntag die Fahnen der Stahlhelmer und der Werwölfe und anderer Kriegsfanatiker ein.

Die evangelische Kirche Deutschlands scheint wirklich in puncto Pazifismus eine hoffnungslose Sache zu sein.“ In dem Lexikon „Religion in Geschichte und Gegenwart“ forderte der Dortmunder Pfarrer Hermann Goetz für die „in unserer Zeit noch vielfach verkannte und missachtete“ Friedensbewegung „zum mindesten gerechte Beurteilung“ (RGG, Bd.2, 1. Auflage 1910, Arti-

kel „Friedensbewegung“). Um die Friedensbewegung gerecht beurteilen zu können, müsse man ihre Grundgedanken kennen, also wissen, dass es ihr darum geht, die Beziehungen der Staaten zueinander „aus der Sphäre der Gewalt zu erheben und auf den Boden des Rechtes zu stellen“.

In dieselbe Richtung zielte ein Friedensaufruf, den im April 1913 „angesichts neuer und beispielloser Kriegsrüstungen“ – gemeint ist die neueste Heeresvorlage, die eine deutliche Aufrüstung Deutschlands darstellt – fünf Pfarrer und ein theologischer Hochschullehrer an ihre Kollegen richteten mit der dringenden Bitte, „es als einen wichtigen Teil ihrer Mission anzusehen, ... die Bruderschaft aller Menschen und Völker zu verkündigen“. Als Ausweg aus dem Dilemma des durch das Wettrüsten erzeugten „Krieges ohne Ende“ sehen sie die „Verständigung der Völker über eine Rechtsgemeinschaft, die das Unrecht des Krieges durch den Rechtsspruch ersetzt und den Völkern **die** Ethik zumutet, die zwischen den Einzelmenschen selbstverständlich ist.“ Von den rund 4.000 angeschriebenen „werte(n) Herren und Amtsgegnossen“ unterzeichnet nur jeder Zehnte diesen Aufruf; in Westfalen sind es sogar nur drei, die zustimmen: Goetz Dortmund, Kopp Münster, Solle Dortmund. (Ein vierter Unterzeichner, Hans Tribukait, ab November 1918 in Dortmund, ist 1913 Pfarrer in Tilsit.)

Ab Mai 1916 bekommt Goetz Unterstützung. Sein Kollege im Lutherbezirk wird der 30jährige Lehrer und Pfarrer Otto Roth, der zuletzt als Personalleiter eines Großbetriebes der sächsischen Papierindustrie gearbeitet und 1915/16 Kriegsdienst im 2. sächsischen Jägerbataillon geleistet hatte.

Überregional von Bedeutung ist Otto Roths Engagement in der „Christlichen Internationalen“ bzw. dem Internationalen Versöhnungsbund, die sich gründen bei der Konferenz in Bilthoven (NL), die vom 4. bis 11. Oktober 1919 stattfindet. Otto Roth besucht diese Konferenz zusammen mit Friedrich Siegmund-Schultze und berichtet in der von diesem herausgegebenen Zeitschrift „Die Eiche“. Von einem dreifachen Erleben schreibt Roth, das die Teilnehmer dieser Konferenz bewegte – es wird auch sein eigenes gewesen sein: von dem „Gefühl der gemeinsamen Scham über die Sünden der Einzelnen wie der Völker“, von der „Genugtuung darüber, dass wir mit unseren Anschauungen nicht mehr allein standen“, von der „Freude über die erste Anbahnung einer wahren Versöhnung“.

Im Juli 1920 trifft man sich zu einer zweiten Konferenz in Bilthoven, diesmal schon mit etwas mehr Teilnehmern aus Deutschland – im Bericht Otto Roths wird auch „ein landeskirchlicher Pfarrer aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet“ genannt. Die Teilnehmer sprechen in einer gemeinsamen Botschaft von ihrem „feierlichen Gelübde, niemals mehr Waffen gegen unsere Brüder zu tragen oder uns im Kriegshandwerk auszubilden“, von dem Willen Gottes, die jetzige wirtschaftliche Unordnung des privatkapitalistischen Systems durch eine neue Ordnung zu ersetzen, „welche alle produktiven Kräfte in den Dienst der einfachen wirklichen Lebensbedürfnisse der gesamten Menschheit stellt“, von der Erziehung der Kinder „zu nichts anderem als zu Menschen, freien, gerechten, wahrhaftigen, frohen und mutigen Menschen“. „Wehe uns, wenn wir in die Gedanken und die Gefühle der Kinder den alten Geist der Feindschaft und der Lüge, des Übermuts und der Eitelkeit einpflanzen“.

Diese hehren pädagogischen Ziele werden auf der dritten Konferenz, die 1922 im niederösterreichischen Sonntagsberg stattfand, konkretisiert. Eine durchgreifende Reform des im allgemeinen viel zu nationalistischen Geschichtsunterrichts wird gefordert, ebenso die Schaffung einer internationalen Bücherei, die Errichtung von internationalen Ferienheimen für Kinder, von internationalen Studentenheimen und einer internationalen Arbeitsvermittlung. Ein freiwilliger internationaler Zivildienst soll an die Stelle des Militärdienstes treten dürfen, wie es in Dänemark, Norwegen und Schweden schon möglich ist.

Otto Roth blieb in Dortmund bis März 1923. Der weitere Lebensweg führte ihn an mehrere Orte in verschiedenen Ländern, in denen er als Lehrer, Übersetzer und Pfarrer arbeitet. Von den Nationalsozialisten wird er Ende 1933 wegen seiner pazifistischen Einstellung aus dem Schuldienst und 1940 nach siebenmonatiger Gestapohaft – die Folge seiner Kritik an Hitlers Imperialismus und Judenverfolgung – auch aus dem Kirchendienst entlassen. 1946 wird er in der entstehenden DDR wegen politischer Unzuverlässigkeit als Direktor einer Berufsschule abberufen, nach dem Tod seiner Frau 1953 kehrt Otto Roth nach Dortmund zurück, sucht vergeblich Arbeit (u.a. als Pförtner bei Hoesch) und wechselt 1962 in die Schweiz, wo er in verschiedenen Gemeinden als Pfarrverweser arbeitete.

Johannes Weissinger
(Leicht veränderte Fassung des Artikels aus AMOS, Heft 3, 2014)



Porträt: Evangelisches Sozialseminar Lienen

Zuwanderung ... so ist die aktuelle Reihe des evangelischen Sozialseminars Lienen im Jahr 2014 überschrieben.

Zwei Referentinnen des IMIS, des „Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien“ der Universität Osnabrück gaben einen Überblick über die großen Zuwanderungen der letzten drei Jahrhunderte. „Arbeit, Bildung, Familie, Flucht, Vertreibung“, das sind die Hauptgründe für Migration.

„Legale und illegale Zuwanderung“ wurde vorgestellt vom Migrationsberater der Stadt Ibbenbüren sowie zwei leitenden Mitarbeitern der Ausländerbehörde des Kreises Steinfurt. Das Verständnis für die Situation der Migranten ist gewachsen, bei der Bevölkerung wie auf Seiten der Behörde. Der Begriff vom „Zuwanderungsland Deutschland“ ist kein Reizwort mehr.

„Asyl – ein Grundrecht“ – beleuchtete der Beauftragte für Zuwanderungsarbeit in der Ev. Kirche von Westfalen, Pfr. Helge Hohmann. Große Betroffenheit lösten zwei danach vorgestellte Beispiele der Unterstützung von Asylbewerbern aus: Eine Frau aus einem Nachbarort schilderte, wie der 1998 von ihrer Familie versteckte älteste Sohn einer abgeschobenen Familie hier später seine Ausbildung machen konnte und eine eigene Existenz aufgebaut hat. Danach wurde an den Verlauf und die Erfahrungen des Westerkappeler Kirchenasyls von 1998 erinnert.

Es hat sich bewährt, Vorträge externer ReferentInnen durch Beispiele mit lokalem Bezug zu ergänzen. So wurde der Vortrag „Armut in Deutschland“ plastischer durch die anschließende Schilderung der Entwicklung und Erfahrungen der „Lengericher Tafel“.

Die Vortragsreihen der letzten Jahre waren überschrie-

ben mit:

Soziale Zukunft@Lienen – Überwindung der Armut in der Überflussgesellschaft; Soziale Zukunft@Lienen: EURO – Banken – nachhaltige Anlagen; Energie@Lienen: Die Energiewende und ich; Demografischer Wandel findet auch bei uns statt. Zwischen 20 und 60 Personen nehmen an den Abendveranstaltungen teil.

Ende November 2014 findet eine Veranstaltung gemeinsam mit der KAB, der Katholischen Arbeitnehmerbewegung, im Nachbarort Hagen a. T.W., Kreis Osnabrück, statt. Prälat Peter Kossen, Vechta, prangert seit mehreren Jahren den Missbrauch von Werkverträgen, insbesondere in der Fleischindustrie, an. Seine Kernaussage: „Das findet hier statt – und ist mit einem christlichen Menschbild nicht vereinbar“.

Auch eine ganz andere Themenreihe stößt seit mehreren Jahren auf gute Resonanz: „Besuche bei Verwandten und Nachbarn – andere Glaubensgemeinschaften besser kennen lernen“. Vorträge dienen der Einführung, Besuche von Gottesdiensten mit anschließenden Gesprächen dem besseren Verständnis christlicher, islamischer und jüdischer Gemeinden in der Region.

Vor gut vier Jahren, im Herbst 2010, wurde an die Anfänge des Lienener Sozialseminars fünfzig Jahre zuvor erinnert. Eine Chronik aller noch nachweisbaren Veranstaltungstitel verdeutlicht, wie dicht die Organisatoren im „Kuratorium“ sich „am Puls der Zeit“ bewegten. So wurden bereits Mitte der 1960er Jahre Themen behandelt, die rückblickend „den 68ern“ zugerechnet werden.

Im Kuratorium werden die Themenvorschläge diskutiert, die Mitglieder unterstützen die organisatorische Vorbereitung und Durchführung. Ein Glücksfall ist, dass einer der Gründer des Lienener ev. Sozialseminars von 1960, Dr. Wilhelm Wilkens, bis heute die Arbeit unterstützt.



Ansprechpartner:
Dr. Rudolf Holtkamp
holtkamp@bho.de

V. l.: Dr. Edgar Klinger, Dr. Anja Oetmann-Mennen, Friedel Stegemann, Dr. Uwe Seebeck, Hannelore Seebeck, Dr. Rudolf Holtkamp, Pfr. i.R. Hartwig Schulte; Nicht auf dem Foto: Jürgen Fischer, Dr. Vera Neumann, Daniela Pellemeier, Günther Walowski, Pfr. i.R. Dr. Wilhelm Wilkens.

Ein Buch zur rechten Zeit

Eine Rezension des Buches Walter Wink, Verwandlung der Mächte. Eine Theologie der Gewaltfreiheit, herausgegeben von Thomas Nauerth und Georg Steins und übersetzt unter Mitwirkung von Anke Schneider und Anja Mehrmann. Regensburg 2014

Walter Wink? Nie gehört. Eine Theologie der Gewaltfreiheit? Mag ja theologisch ganz interessant sein, aber ist wenig hilfreich zur Bewältigung der praktischen Aufgaben in einer Welt, in der gerade Krieg und Gewalt aufflammen in einem erschreckenden und verstörenden Ausmaß. Wer so redet, wird im Erinnerungsjahr 2014 den Ersten Weltkrieg zwar auch geflissentlich als „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ bezeichnen, aber kaum als „Beginn der Enthüllung der eigentlichen kulturellen und religiösen Urkatastrophe, nämlich des Glaubens an die erlösende Macht der Gewalt.“

Was bedeutet „Mächte und Gewalten“ im Duktus der Bibel?

Walter Wink (1935 – 2012), der Professor für Biblische Exegese in New York

City, zwar in den USA ein bekannter und geehrter Theologe war, ist in Deutschland aber weithin unbekannt geblieben. Lassen sich Gesellschaften in Richtung auf ein herrschaftsfreies Zusammenleben verändern? Steht dem nicht entgegen, was die Bibel „Mächte und Gewalten“ nennt? Walter Wink will es wissen. In Sabbatjahren in Chile und Südafrika entwickelt sich seine Überzeugung, „dass Gewaltfreiheit die einzige Art wirksamen Widerstandes sei.“ Diese Überzeugung fasst er zusammen in einem kleinen Buch mit dem Titel „Violence and Nonviolence in South Africa“. Dieses Buch hat eine überwältigende Wirkung. Was sich in den nächsten Jahren in Südafrika ereignen wird, die Freilassung Nelson Mandelas aus dem Gefängnis, das Teilen der Macht und die Wahl eines schwarzen Präsidenten, sind „unglaubliche Geschehnisse“, die zeigen: „Offensichtlich können die Mächte manchmal verwandelt werden.“

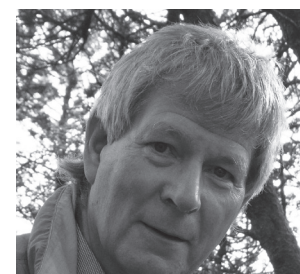
„Die Mächte“ bezeichnet Wink als die spirituelle Innenseite, als den Geist einer äußeren Gegebenheit oder menschlichen Institution. In der Sprache des antiken Weltbildes wurden sie als kosmische Kräfte wahrgenommen, die vom Himmel aus regieren. Dieses Herrschaftssystem „ist gekennzeichnet durch ungerechte

Wirtschaftsbeziehungen, unterdrückerische politische Verhältnisse, vorurteilsbehaftete Rassenbeziehungen, patriarchalische Geschlechterbeziehungen, hierarchische Machtverhältnisse und den Einsatz von Gewalt, um das alles aufrechtzuerhalten.“ Der dazugehörige Mythos, den jedes Herrschaftssystem braucht, ist der Mythos der erlösenden Gewalt.

„Er verankert den Glauben, dass Gewalt rettet, dass Krieg Frieden bringt, dass Macht Recht schafft.“ Der Mythos der erlösenden Gewalt ist „die Geschichte vom Sieg der Ordnung über das Chaos durch Gewalt.“ Menschen sind von Natur aus unfähig zum friedlichen Zusammenleben, sagt dieser Mythos. Deshalb muss die Ordnung „uns ständig von oben aufgezwungen werden: von Männern den Frauen, von Herren den Sklaven, von Priestern den Laien, von Adligen den Bauern und von Regenten dem Volk.“ Das Evangelium weist in eine andere Richtung, freilich nur, wenn gesehen wird, dass das Evangelium „nicht eine Botschaft mit dem Ziel der Rettung der Menschen von der Welt (ist), sondern die Nachricht von der Verwandlung der Welt insgesamt bis in ihre grundlegenden Strukturen hinein.“ „Wenn wir auf Jesu Wirken zurückblicken, ist das, was mit erfrischender Deutlichkeit hervortritt, der umfassende Charakter seiner Vision.“ Seine Lehre von der Gewaltfreiheit weist auf einen „Weg, sich den herrschenden Mächten zu widersetzen, ohne ihnen ähnlich zu werden.“

„Allein im Jahr 1989 haben dreizehn Länder mit einer Bevölkerung von 1, 7 Milliarden Menschen, mehr als zweiunddreißig Prozent der Menschheit, gewaltfreie Revolutionen erlebt ... Kein Mensch, der auch nur das geringste Geschichtswissen besitzt, kann jemals wieder von der Gewaltfreiheit behaupten: 'Das funktioniert nicht.'“ Die spirituelle Aufgabe der Kirche, deren traurige Bilanz ist, dass sie normalerweise einfach die Kriegspartei unterstützen, zu der sie gerade gehören, ist es, den Götzendienst der Mächte zu demaskieren und sie zu dem Ziel zurückzuführen, zu dem sie in der Welt geschaffen wurden. Tut sie das, stillt sie auch das Verlangen der Menschen, die an spiritueller Unterernährung leiden.

Johannes Weissinger



Tipps und Termine

Soviel Du brauchst

Die Fastenaktion für Klimaschutz und Klimagerechtigkeit in der Evangelischen Kirche von Westfalen vom 18.02. bis 05.04.2015

Wir laden Sie ein, in diesem Jahr den Klimaschutz in den Mittelpunkt Ihrer Fastenzeit zu stellen. Jede und jeder von uns hat die Möglichkeit, im Kleinen wie im Großen, alleine oder in Gemeinschaft das eigene Leben klimafreundlicher zu gestalten. Denn der Klimawandel gefährdet das Leben von Menschen, Tieren und Pflanzen und verstärkt weltweit Ungerechtigkeiten.

Unsere Fasten-Broschüre soll Ihnen Anregungen für Ihre Fastenzeit geben. Jede Woche steht dabei unter einem anderen Thema. Wählen Sie jede Woche ein, zwei oder mehrere Ideen und Impulse aus oder setzen Sie Ihre ganz eigenen Schwerpunkte.



Weitere Informationen und Downloads unter: www.kircheundgesellschaft.de/nachhaltige-entwicklung/klimaschutz-ekvw-2020

Frauen. Rollen. Bilder.

Neue Ausgabe der Lila Blätter „Ich bin Landfrau und Christin“.



Jedes Jahr am 15. Oktober ist Welt-Landfrauentag. Klingt kurios, Welt-Landfrauentag, ob man so was braucht? „Ja, braucht man!“, sagt die Westfälin Ute Kerlen. Ein Grund für den Welt-Landfrauentag ist z.B. sehr politisch, denn fast 80% der weltweiten Nahrungsmittelproduktion liegt in der Hand von Frauen. Von Landfrauen. Sie sichern die Versorgung ihrer Familien. Und ihnen kommt weltweit eine wachsende Bedeutung beim Schutz der Umwelt zu.

Die LILA BLÄTTER können für 9,00 Euro im Jahr (inklusive Versand) abonniert oder einzeln für 4,50 Euro (zzgl. Versand) bestellt werden bei: Anke Engelmann, Fon: 02304 755 230

Weggeleit 2015 – jetzt bestellen

Das Andachtsheft „Weggeleit 2015“ ist erschienen. Es enthält Auslegungen zu den Monatssprüchen und dazu passende Texte und Bilder. Damit eignet es sich für Andachten in Gemeindegruppen, aber auch als Geschenk als persönlicher Begleiter durchs Jahr. Mit zahlreichen Auslegungen bietet es einen Ausschnitt der Vielfalt von Zugängen zu Monatssprüchen. Lassen Sie sich überraschen.

Für 1,60 Euro pro Exemplar (zzgl. Versand) können Sie das Weggeleit 2015 bestellen bei: Ulrike Neuhaus, Fon 02304 755 342 ulrike.neuhaus@kircheundgesellschaft.de



IMPRESSUM

„an.stossen“ erscheint ein- bis zweimal im Jahr und wird vom Verein Evangelischer Sozialseminare von Westfalen im Institut für Kirche und Gesellschaft verlegt.

Haus Villigst, Iserlohner Straße 25,
58239 Schwerte

Tel.: 02304/755-377

Fax: 02304/755-318

E-Mail: ursula.riekenbrauck@kircheundgesellschaft.de

Redaktion: Arbeitsgruppe „an.stossen“ und Walter Wendt-Kleinberg

Mitarbeitende dieser Ausgabe:

Text: Jürgen Angelow, Erika Engelbrecht, Dieter Frohloff, Rudolf Holtkamp, Bernhard Lass, Christa Martens, Wolfgang Overkamp, Johannes Weissinger, Walter Wendt-Kleinberg

Bild: Amt für Jugendarbeit, Wolfgang Beer, Dieter Frohloff, Dr. Rudolf Holtkamp, Institut für Kirche und Gesellschaft, Bernhard Lass, Johannes Weissinger, Walter Wendt-Kleinberg

Layout und Bildredaktion:

Stefan Schlutter (www.text-buero.net)

Auflage 1000 Exemplare

